



Amtliche Bekanntmachungen
der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg
8/2025 (6. März 2025)

Ordnung zur Vergabe von Qualitätssicherungsmitteln

vom 15.05.2019¹

Präambel

Diese Ordnung ist entsprechend §65a Satz 1 LHG als Satzung zu behandeln. Änderungen bedürfen nach §65b Satz 2 LHG der Genehmigung des Rektorates.

Inhalt

I. Allgemeines	33
§1 Grundlagen	33
§2 Zweckbindung	33
§3 Vorschlagsrecht	33
§4 Mittelvergabe	33
§5 Stufenmodell	33
§6 Finanzierung von längerfristigen Maßnahmen	33
§7 Unzulässige Verwendungszwecke	33
II. Verfahren	34
§8 Jahresverteilung	34
§9 Exkursionen	35
§10 Finanzausschuss für Studium und Lehre (FinzStuL)	35
III. Übergangs- und Schlussbestimmungen	36
§ 11 Änderungen	36
§ 12 Kenntnisnahme der Pädagogischen Hochschule	36
§ 13 Inkrafttreten	36

¹ Die Änderungen folgender StuPa-Sitzungen sind eingearbeitet und am Tage nach ihrer amtlichen Bekanntmachung in Kraft getreten: 04.06.2019, 12.11.2019, 11.11.2020, 29.11.2022, 14.12.2022, 11.12.2023, 12.12.2024, 22.01.2025

I. Allgemeines

§1 Grundlagen

- (1) Das Land gewährleistet auf Grundlage des Qualitätssicherungsgesetzes (QualSiG) vom 5. Mai 2015 die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 280 Euro pro Semester und Studierender.
- (2) Für den im Qualitätssicherungsgesetz festgelegten Prozentsatz der Mittel obliegt der Vorschlag der Verfassten Studierendenschaft.
- (3) Die Paragraphen 1 bis 7 sind aus dem Qualitätssicherungsgesetz und der zugehörigen Verwaltungsvorschrift übernommen und können inhaltlich nicht geändert werden.

§2 Zweckbindung

Diese Mittel dienen der Sicherung der Qualität von Studium und Lehre entsprechend § 1 QualSiG; das Nähere zu den zulässigen Verwendungsmöglichkeiten regelt das Wissenschaftsministerium durch eine Verwaltungsvorschrift.

§3 Vorschlagsrecht

- (1) Die VS hat das alleinige Vorschlagsrecht.
- (2) Sofern der Vorschlag der Studierendenschaft mit der Verwaltungsvorschrift übereinstimmt, ist er insoweit für das Rektorat bindend. Das Rektorat hat über die Rechtmäßigkeit eines Vorschlags binnen sechs Wochen zu entscheiden.
- (3) Die Vergabe der Mittel erfolgt anschließend durch das Rektorat.

§4 Mittelvergabe

- (1) Alle Mittel sollen bis Jahresende, müssen jedoch spätestens bis 1. Mai des Folgejahres ausgegeben worden sein. Nicht ausgegebene Mittel fließen zurück an das Land Baden-Württemberg.
- (2) Über die Verfahrensschritte zur Erstellung des Vorschlags der Mittelvergabe entscheidet die Verfasste Studierendenschaft in eigener Zuständigkeit.
- (3) Für diese Mittel gilt die Landeshaushaltsordnung. Der Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist insbesondere zu beachten.

§5 Stufenmodell

Die Verwendungszwecke werden nach 3 Stufen gegliedert. Dabei soll nach dem Zweck des Qualitätssicherungsgesetzes der Schwerpunkt der Förderung – zumindest über die Summe mehrerer Semester – auf den Stufen 1 und 2 liegen.

Stufe 1: Maßnahmen zur unmittelbaren Verbesserung von Studium und Lehre

Stufe 2: Lehr- und lernahe Maßnahmen

Stufe 3: Mittelbare Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre sowie der allgemeinen Studienbedingungen

§6 Finanzierung von längerfristigen Maßnahmen

- (1) Finanziert werden können zeitlich befristete oder auf einen längeren Zeitraum angelegte Maßnahmen. Die Mittel für auf einen längeren Zeitraum angelegte Maßnahmen dürfen 50 Prozent des einer Hochschule zur Verfügung stehenden Studierendenanteils der Qualitätssicherungsmittel nicht überschreiten.
- (2) Die Finanzierung der Maßnahmen kann in vollem Umfang oder auf dem Wege der Teilfinanzierung zusammen mit der Hochschule erfolgen.

§7 Unzulässige Verwendungszwecke

Nicht finanziert werden dürfen Maßnahmen,

(nach Maßgabe des Qualitätssicherungsgesetzes (QualSiG))

- die außerhalb der Sicherung der Qualität von Studium und Lehre liegen
- die in den Aufgabenbereich der Verfassten Studierendenschaft gemäß § 65 Absatz 2 LHG fallen
- die in den Aufgabenbereich der Studierendenwerke gemäß § 2 Studierendenwerksgesetz fallen
- Eine unbefristete Beschäftigung von Personal (nach Maßgabe des Studierendenparlamentes)
- befristete Stellen, ausgenommen Tutor/innen, ausgenommen das StuPa beschließt diese.

II. Verfahren

§8 Jahresverteilung

- (1) Das Studierendenparlament beschließt mit dieser Satzung eine Jahresverteilung. Änderungen für ein aktuelles Haushaltsjahr sind nicht möglich, sondern können erst für das folgende Haushaltsjahr beschlossen werden.
- (2) Die in der Jahresverteilung beschlossenen Mittel müssen von der Hochschule entsprechend ihrer Zweckbindung verteilt und verwendet werden. Das Vorschlagsrecht für die übriggebliebenen Gelder übernehmen die Studierenden im Finanzausschuss für Studium und Lehre.
- (3) Das Studierendenparlament beschließt folgende Jahresverteilung:

Lehraufträge Fakultät I	58.000,00 €
Lehraufträge Fakultät II	67.800,00 €
Lehraufträge Fakultät III	24.200,00 €
Exkursionen	16.600,00 €
Literatur-Café	11.300,00 €
Workshops KomBi	19.800,00 €
Psychologische Beratungsstelle	50.000,00 €
Ersti-Workshops	2.200,00 €
Zeld	4.400,00 €
Sprachdidaktisches Zentrum	17.900,00 €
E-Learning	4.900,00 €
Methodenforschung & Forschungswerkstatt	10.800,00 €
Werkstatt Sachlernen in Früher Bildung und Grundschule	8.500,00 €
Testsammlung Sonderpädagogik	19.200,00 €
Didaktische Sammlung Sonderpädagogik	11.800,00 €
Sprachkurse zur Internationalisierung (AAA)	7.000,00 €
Tutor/innen allg. Hochschulsport	17.400,00 €
Poetry Performance	900,00 €
Maker Space	17.700,00 €
Freie verfügbare Mittel (FinzStuL):	30.000€ + Rest
- (4) Die Verwendung der Mittel für Lehraufträge ist an die Zustimmung der studentischen Fakultätsratsmitglieder zu konkreten Vorschlägen der Verwendung der Mittel geknüpft. Diese ist hergestellt, wenn auf einer Sitzung eine Mehrheit der anwesenden studentischen Fakultätsratsmitglieder zustimmt.
- (5) Mit Mitteln, die bis 30.04. eines Folgejahres nicht verbraucht werden, werden zu gleichen Teilen weitere Lehraufträge der Hochschule sowie Digitalisierungsmaßnahmen finanziert. Ein buchhalterischer Nachweis bzw. Umbuchungen sind in diesen Fällen nicht erforderlich.

§9 Exkursionen

- (1) Die Mittel für Exkursionen werden unterjährig nach der Einreichung bei der Vorsitzenden des Ausschusses in der Regel direkt vergeben. Hierbei wird jede Exkursion mit 10 Prozent der Gesamtkosten bezuschusst, allerdings kann kein/e Studierende/r mehr als 100 € erhalten. Sollte der/ die Vorsitzende des Ausschusses seinen/ ihren Aufgaben nicht binnen 4 Wochen nachkommen, so kann diese Aufgabe auch vom Präsidium oder dem/ der Vorsitzenden der VS wahrgenommen werden.
- (2) Eine Auszahlung ist nur bis zur in der Jahresverteilung festgelegten Gesamthöhe möglich. Auf eine Förderung der Exkursion bei Überschreiten der für das Jahr festgelegten Mittel besteht kein Anspruch. Sollte der/ die Vorsitzende den Eindruck gewinnen, dass die in der Jahresverteilung bereitgestellten Mittel nicht genügen, so hat er/ sie hierzu schnellstmöglich den Ausschuss einzuberufen. Dieser kann die Mittel aus den noch frei zur Verfügung stehenden Mitteln erhöhen.
- (3) Sollte der/ die Vorsitzende bei der Prüfung Unklarheiten feststellen, so hat er/ sie mit dem/ der die Exkursion leitenden Dozierenden Rücksprache zu halten.
- (4) Soll von der grundsätzlichen Vergabe von 10 Prozent abgewichen werden, so ist ein Beschluss des QSM-Ausschusses erforderlich.
- (5) Das Sammeln der Exkursionsanträge übernimmt die Dienststelle der Verfassten Studierendenschaft.
- (6) Die Exkursionen werden in Form eines Formulars eingereicht. Dieses ist nach der Exkursion von einem/ einer Studierenden der Exkursion auszufüllen und vom/ von der Dozierenden zu unterzeichnen. Es hat mindestens zu enthalten:
 - Name des/ der leitenden Dozierenden
 - Ziel der Exkursion
 - Kurze Beschreibung der Exkursion
 - Kosten pro Studierenden
 - Anzahl der teilnehmenden Studierenden
 - Unterschrift des/ der ausfüllenden Studierenden und des/ der leitenden Dozierenden
- (7) Im Anhang ist dem Formular eine Liste der teilnehmenden Studierenden beizufügen. Dieses hat mindestens zu enthalten:
 - laufende Nummer
 - Name und Vorname der Studierenden
 - IBAN jedes/ jeder Studierenden
 - BIC jedes/ jeder Studierenden
 - Postanschrift
- (8) Wird die Exkursion ausschließlich von Studierenden organisiert, so genügt die Unterschrift des/ der organisierenden Studierenden. In diesem Falle ist eine grobe Planung der Finanzierung anzugeben. Die inhaltliche Beurteilung, ob die Exkursion gerechtfertigt ist, übernimmt der Ausschuss. Dies sollte in der Regel 4 Wochen im Vorhinein der Exkursion erfolgen.

§10 Finanzausschuss für Studium und Lehre (FinzStuL)

- (1) Das Vorschlagsrecht für die Verfasste Studierendenschaft üben die Studierendenvertreter/innen im Finanzausschuss für Studium und Lehre (im weiteren QSM-Ausschuss genannt) aus. Dieser besteht aus den drei studentischen Senatsmitgliedern sowie mindestens drei vom Studierendenparlament zu Beginn der Legislatur für diese zu wählenden Studierenden.
- (2) zusätzlich werden 3 Ersatzmitglieder in fester Reihenfolge gewählt. Diese rücken bei absehbarer Abwesenheit der festen Mitglieder entsprechend ihrer Rangfolge für die betreffende Sitzung nach.
- (3) Weiterhin gehören dem FinzStuL beratende Mitglieder der Hochschule an. Die Zusammensetzung dieser Mitglieder regelt die Hochschule.
- (4) Die Sitzungsvorbereitung, die Sitzungsleitung sowie die Protokollführung überlassen die Studierenden der Hochschule. Ebenfalls werden die Sitzungen von der Hochschule festgelegt.
- (5) Der FinzStuL beschließt über die frei verfügbaren Mittel, die Exkursionsmittel und die Mittel nach §10 Absatz 5.
- (6) Bewilligte Mittel, die bis zum 31.12. nicht abgerufen wurden, werden dem FinzStuL wieder zur Vergabe zugeführt.
- (7) Das Vorschlagsrecht für die Verfasste Studierendenschaft darf in Ausnahmefällen zudem auch vom Parlament ausgeübt werden.
- (8) Möchten die studentischen Mitglieder des FinzStuL auch ohne die anderen Mitglieder tagen, so hat jedes studentische Mitglied des FinzStuL die Möglichkeit eine Sitzung einzuberufen.

III. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 11 Änderungen

- (1) Als Änderung an dieser Ordnung ist sowohl eine Änderung des Wortlautes dieser Ordnung als auch die Ergänzung und Aufhebung von Bestimmungen anzusehen.
- (2) Die erforderliche Mehrheit, um diese Satzung zu ändern, findet sich in der Organisationssatzung der VS.

§ 12 Kenntnisnahme der Pädagogischen Hochschule

Diese Ordnung und Änderungen dieser Ordnung sind dem Rektorat der Hochschule anzuzeigen.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den amtlichen Bekanntmachungen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in Kraft. Sie ersetzt damit die Satzung vom 18.07.2016, die hiermit außer Kraft tritt.

Ludwigsburg, 19.05.2020

Gez. Michael Breitner